Graz, 05.12.2024

Stellungnahme der Lebenshilfe Steiermark zum Verordnungsentwurf der Änderung der StBHG Leistungs- und Entgeltverordnung 2015

Die Lebenshilfe Steiermark als Dachverband der 10 Lebenshilfe-Mitgliedsorganisationen sowie als größte Interessensvertretung von Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen in der Steiermark bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den gegenständlichen Gesetzesvorhaben.

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahmen:

1. Schaffung von neuen Hilfeleistungen:
 - Kurzzeitbetreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung im Rahmen von WH BHG (WH BHG Kurz)
 - Mobile Assistenz für Menschen mit Behinderung in Pflegewohnheimen (ASS-P)
 - Stundenweise Beschäftigung in Einrichtungen für psychisch beeinträchtigte Menschen (BT PSY Std)
2. Überarbeitung der Leistungen „Interdisziplinäre Frühförderung und Familienförderung (IFF)“, „Interdisziplinäre Sehfrühförderung und Familienbegleitung (IFF-Seh)“ und „Interdisziplinäre audiologische Frühförderung und Familienbegleitung (IFF-Hör)“
3. Etablierung detaillierter Standards und grundsätzlicher Vorgaben zur Erstellung und Umsetzung des Krisenvorsorgekonzepts sowie des Notstromversorgungskonzepts

Im Folgenden möchten wir Stellung zu den wesentlichen Aspekten der Novelle nehmen.

Ad 1. Schaffung von neuen Hilfeleistungen:

Im Rahmen der Hilfeleistung „Vollzeitbetreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung (WH BHG)“ soll eine **Kurzzeitunterbringung** im Ausmaß von maximal 8 Wochen bzw. 56 Tagen pro Jahr möglich sein, deren Inanspruchnahme auch tageweise erfolgen kann.

Wir begrüßen sehr, dass eine unserer langjährigen Forderungen umgesetzt wird und die Leistung auch tageweise in Anspruch genommen werden kann. Dies bedeutet eine Flexibilität, die in dem Leistungsbereich „Vollzeitbetreutes Wohnen“ unbedingt notwendig ist. Weiters ist positiv zu erwähnen, dass die „Kurzzeitunterbringung“ mit den Leistungen ASS-F, ASS-W und FED BHG flexibel kombinierbar ist. Wir sehen aber auch einen Bedarf für Menschen mit Behinderung, die das Persönliche Budget in Anspruch nehmen. Durch ungeplante und nicht beeinflussbare Ereignisse kann es zu einem Versorgungsengpass kommen, dem durch eine Kurzzeitunterbringung entgegengewirkt werden kann.

Für Menschen mit Behinderung, die in einem Pflegewohnheim betreut werden, wird die neue mobile Hilfeleistung **„Mobile Assistenz für Menschen mit Behinderung in Pflegewohnheimen (ASS-P)“** geschaffen.

Die Leistung richtet sich an Menschen mit körperlicher, Sinnes- bzw. intellektueller/kognitiver oder mehrfacher Behinderung (auch Doppeldiagnose, wenn im Vordergrund die intellektuelle Beeinträchtigung steht), die in einem steirischen Pflegewohnheim iSd StPBG 2024 leben.

Es besteht ein behinderungsbedingter Bedarf, der neben dem Leistungsangebot der Pflegeeinrichtung eine ergänzende Assistenz erfordert.

Menschen mit Behinderung, die in einem Pflegewohnheim leben, hatten bisher keine Möglichkeit

zusätzliche Förderung und Betreuung in Anspruch zu nehmen. Das Personal in den Pflegeheimen ist oftmals nicht entsprechend ausgebildet und hat auch nicht ausreichend zeitliche Ressourcen, um individuell auf die Bedürfnisse der BewohnerInnen einzugehen. Die Förderung und die Erhaltung von Fähigkeiten, Kommunikation und Hilfestellungen in persönlichen Belangen sind Beispiele für das Leistungsangebot der Mobilen Assistenz.

Die zeitlich begrenzten Zuweisungskriterien (Leistungsanspruch in den letzten 6 Jahren für mindestens 12 Monate), schließen z.B. Menschen mit einer unfallbedingten kognitiven Beeinträchtigung, die zuvor die Leistungen aus dem StBHG nicht in Anspruch genommen haben, aus.

Durch die Möglichkeit, die Leistung täglich in Anspruch zu nehmen, kann individuell und flexibel auf die Bedürfnisse und den Unterstützungsbedarf der BewohnerInnen eingegangen werden. Die Leistung sollte auch von Menschen mit altersbedingten Beeinträchtigungen (z.B. Demenz) in Anspruch genommen werden können.

Ad 2. Überarbeitung der Leistung „Interdisziplinäre Frühförderung und Familienbegleitung“

Die interdisziplinären Hilfeleistungen der Frühförderung „IFF“, „IFF-Seh“, „IFF-Hör“ werden insbesondere betreffend Leistungsumfang und personalqualitativer Voraussetzungen adaptiert.

Die interdisziplinäre Frühförderung und Familienbegleitung wird überwiegend in der Wohnung des betreuten Kindes durchgeführt. Wenn es erforderlich scheint, kann die Betreuung auch ambulant in der Frühförderstelle und nunmehr auch in der Wohnung von nahen Bezugspersonen, von denen das Kind regelmäßig betreut wird, erfolgen. Diese neue Regelung bzw. die zusätzliche Förderstelle bedeutet eine Flexibilisierung in der Organisation und die Einbeziehung einer nahen Bezugsperson kann sich positiv auf die Entwicklung des Kindes auswirken.

Die Betreuung soll zukünftig im Rahmen des zuerkannten Jahresstundenkontingents von maximal 156 Stunden erfolgen und auf ein bis zwei Mal pro Woche aufgeteilt werden. Die Einführung eines Stundenkontingents ermöglicht grundsätzlich eine individuelle und flexible Gestaltung der Betreuungsleistung, da das Stundenkontingent je nach Förderbedarf in Anspruch genommen werden kann. Es ist nicht klar definiert, ob über das Stundenkontingent frei verfügt werden kann oder die Betreuung weiterhin ein bis zwei Mal in der Woche stattfinden muss. Wenn dies der Fall ist, kann von keiner Flexibilisierung der Leistung ausgegangen werden. Es ist auch sicherzustellen, dass die Kinder weiterhin ausreichend Stunden zur entsprechenden Förderung bewilligt bekommen. Da die Betreuung auch außerhalb der gewohnten Räumlichkeiten stattfindet, kann diese abwechslungsreich gestaltet werden.

Ad 3. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom [...], mit der die StBHG Leistungs- und Entgeltverordnung 2015 geändert wird

Die Verankerung von formell-gesetzlichen Anordnungen für das Bewilligungsverfahren wird in einem Abschnitt 2a. gemäß § 44 Abs. 2 StBHG weitere Bestimmungen festgelegt.

In Abschnitt 2a. § 9b Abs 1 Z 3 wird u.a. vorgeschrieben, dass für den Fall einer Unterbrechung externer Versorgungsleistungen für einen Zeitraum von 72 Stunden die Personalplanung sichergestellt werden muss. Ereignisse, die zu einer Unterbrechung der Strom-, Gas-, Wasser und Wärmeversorgung führen, sind in der Regel nicht vorhersehbar. Daher ist es für die Mitgliedsorganisationen der Lebenshilfe

Steiermark nicht möglich, bereits in einem Konzept die Personalplanung für eine Krisensituation abschließend vorzusehen. Es wird angeregt, dass im Fall einer Notsituation das Personal solange im Dienst bleibt, bis ein Dienstwechsel durch qualifizierte MitarbeiterInnen möglich ist.

Das Konzept muss neben der Personalplanung auch die Sicherstellung einer Notstromversorgung und die Ausgestaltung von Krisenvorsorgemaßnahmen beinhalten. Für die Finanzierung dieser erforderlichen Vorkehrungen sowie des genauen Umfangs muss es eine klare Regelung geben. Die durch die Notstromversorgung und Krisenvorsorge entstehende finanzielle Belastung – sowohl für die Anschaffung bzw. Vorbereitung als auch für den laufenden Betrieb (Personalkosten der/des Krisenkoordinators/Krisenkoordinatorin, regelmäßige Schulung aller MitarbeiterInnen) – kann nicht alleine durch die Mitgliedsorganisationen getragen werden.

Kritisch sehen wir, dass die Erstellung eines Gewaltschutzkonzeptes nicht als einer der Standards im Bewilligungsverfahren vorgesehen wurde. Die Praxis zeigt, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema „Gewalt“ unbedingt notwendig ist und es für Trägerorganisation klare gesetzliche und inhaltliche Vorgaben braucht. Daher fordern wir die Erstellung eines Gewaltschutzkonzeptes in die Standards des Bewilligungsverfahrens mitaufzunehmen und klar definierte inhaltliche Vorgaben zu formulieren.

Mit freundlichen Grüßen

Mag.^a Sandra Walla-Trippl
Generalsekretärin Lebenshilfe Steiermark
Mariahilferplatz 5/1, 8020 Graz
Mobil: 0650/81 25 759
walla-trippl@lebenshilfe-stmk.at
<http://www.lebenshilfe-stmk.at>